

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 4

Artikel: Opfer des Kalten Krieges an der Nordsee
Autor: Kraschutzki, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140670>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

— stehen klar und entschlossen zu dieser Entwicklung — als Entwicklung, nicht als fertige Wirklichkeit. Sie sehen, wie Großes hier im Werden ist — im Werden, so daß also die Weitergestaltung durchaus mitbedingt ist von der Stärke, der Klarheit, der Verantwortung und der *redlichen Wahrhaftigkeit* der Kräfte, die sich in ihr miteinsetzen.

Die jetzige Politik des Kalten Krieges kann nur erreichen, daß die Versuche, ihre wirtschaftliche Kraft zu zerstören, die Deutsche Demokratische Republik zwingen, immer stärker den Anschluß an die östliche Welt zu suchen. Damit werden wir immer mehr Grenzland und immer mehr die Elbe eine Grenze zwischen Feinden.

Ein Deutschland, das eine Politik der Machtausdehnung wieder aufnimmt, kann nur erreichen, was es 1914 und 1939 erreicht hat: die Feindschaft und Angst aller umliegenden Völker, das heißt wieder die Katastrophe.

Der uns von der geographischen Lage angewiesene Weg der Verständigung und des freundschaftlichen Zusammenlebens mit allen Völkern ist zugleich die Forderung der friedvollen Verständigung unter uns selbst. Das meint aber auch die 1914 fällig gewesene und nie vollzogene Verständigung im Wirtschaftsleben, die aber immer auch Verständigung über alle geistigen Fragen und Möglichkeiten sein wird.

Diese Verständigung kann nur bedeuten, daß die große Masse des Volkes bestimmende Kraft wird — in einem Volk, das wahrhaft allen heranwachsenden die Möglichkeiten geistiger Vollentwicklung bietet, alle ruft zur eigenen Verantwortung für das Ganze und damit Politik der Täuschungen und propagandistischen Irreführungen unmöglich macht. Nicht darf der sozialistische Zukunftsgedanke wieder einfach ausgeschaltet werden. Er muß in einer zielbewußten Entwicklung eines im Innern und nach außen wahrhaft Frieden suchenden Volkes seine notwendige, gestaltende Bedeutung haben. *Emil Fuchs*

Opfer des Kalten Krieges an der Nordsee

Der «blanke Hans» hat wieder einmal angegriffen. So nennt man es an der Nordseeküste, wenn der Orkan über das Meer peitscht und die Wassermassen vor sich hertreibt gegen die von Menschenhand gebauten Deiche, bis er diese zu Fall bringt.

Die Berichte von Augenzeugen lauten erschreckend. Eine Zeugin, die am nächsten Tage über eines der geschädigten Gebiete flog, schreibt mir unter anderem: «Fast alle Deiche sehen aus der Luft wie angenagt aus, ganze Strecken war überhaupt kein Deich mehr vorhanden, die Häuser unter Wasser, soweit sie überhaupt noch standen, Tierleichen überall, Haufen davongeschwemmter Autos, Möbel und dergleichen . . .»

Das menschliche Leiden sah man von oben nicht. Wie Männer, Frauen, Kinder in den plötzlich hereinbrechenden eisigen Fluten versanken, wie sich einige noch auf Dächer und Bäume in ihren Gärten retteten, um dann dort oben, mit durchweichter Kleidung, im schneidenden Nordsturm so lange auszuhalten, bis entweder Rettung kam oder sie erfroren heruntersanken in die Flut. Was fleißige Arbeit in Jahrzehnten geschaffen hatte, Neuland mühsam dem Meere abgerungen, ist verloren, wahrscheinlich zum Teil für immer.

Es ist, als ob die Natur den Menschen einmal zurufen wollte: «Ich bin auch noch da! Auch ich habe noch die Kraft, zu zerstören, nicht nur ihr Menschen mit euren Atombomben!»

Und es entsteht nunmehr die Frage: War das nötig? Hätte sich diese Katastrophe vermeiden lassen?

Drei Tage lang, vom 1. bis 3. Februar 1953, hatte der Orkan gegen die Küsten der Niederlande und Englands getobt, hatte in dem einen Lande 1853, in England 300 Tote verschlungen. Die Deiche hatten nicht gehalten. Aber es waren Erfahrungen gesammelt worden, und die deutschen Deichbauer hatten sich dieselben wohl zu Nutze gemacht. Man wußte jetzt, daß die größte Gefahr für die Deiche nicht im Frontalangriff der Wellen bestand, sondern daß die Deiche, wenn sie überspült werden, von ihrer inneren Kante aus angenagt werden und dann langsam nachgeben. Man ging an die Arbeit und stellte 1955 einen «Küstenplan» zusammen, um ähnlichen Katastrophen an der deutschen Nordseeküste vorzubeugen.

Der Plan sollte innerhalb von zehn Jahren ausgeführt werden. Eine große Zahl von Deichen mußte erhöht werden. Nicht nur, weil sie zu niedrig gebaut gewesen waren. Bei manchen wurde festgestellt, daß sie durch ihr großes Eigengewicht in den schlammartigen Untergrund etwas abgesunken waren. Die Kosten für die Erhöhung dieser Deiche wurden auf etwa 500 Millionen DM berechnet, die Gesamtkosten des «Küstenplanes» auf 1700 Millionen. Denn zu der Erhöhung der Deiche kommen noch erhebliche andere Baukosten hinzu, namentlich um durch Einbau von Schleusen in die Mündungen kleinerer Flüsse, wie Hunte, Eider, Stör usw., das Eindringen der Flut ins Binnenland mittels dieser Flüsse zu verhindern.

Wieviel von dem auf zehn Jahre berechneten «Küstenplan» ist heute, Frühjahr 1962, verwirklicht? Sieben Jahre sind vergangen, es müßten 70 Prozent sein. Aber von den 470 km langen Deichen in Schleswig-Holstein sind nur 270 km erhöht worden, also 57 Prozent, und von den 750 km langen Deichen in Niedersachsen gar nur 200 km, also 27 Prozent.

Und es hat sich herausgestellt, daß der «Küstenplan» richtig berechnet war. Die neu erhöhten Deiche haben gehalten, haben sich bewährt. Die alten, nicht erhöhten Deiche sind es, die nachgegeben haben.

Liegt hier eine Schuld? Mindestens wird sie geleugnet. In der «Welt am Sonntag» vom 18. Februar 1962 heißt es: «Kann man daraus einen Vorwurf machen? Nun, allein die geforderte Deichverstärkung forderte einen Betrag von weit mehr als 500 Millionen Mark. Hinzu kamen die Ausgaben für die Folgemaßnahmen, unter anderem für die Entwässerungsbauten. So war der Küstenplan auf insgesamt etwa 1,7 Milliarden Mark angelegt. Er ließ sich einfach nicht in wenigen Jahren verwirklichen. Eines allerdings muß gesagt werden: man hätte weiter sein können mit der Deichverstärkung, wenn das Geld aus Bonn in den ersten Jahren so reichlich geflossen wäre, wie es versprochen war. Es kam zumeist sehr zögernd und dazu immer sehr spät im Jahr . . .» Also doch ein Verschulden!

Der Plan sollte 1,7 Milliarden kosten, verteilt auf 10 Jahre. Das hätte also pro Jahr ganze 170 Millionen ausgemacht. Das ließ sich nicht verwirklichen? In einem Lande, das in dem einen Jahre 1962 für einen anderen «Deichbau», für die Rüstung gegen den Osten, 15 Milliarden Mark ausgeben will, in einem Jahr fast das zehnfache, was der Deichbau an der Nordseeküste in *zehn* Jahren kosten sollte?

Hier liegt der Punkt! Militärausgaben haben in Deutschland Vorrang, heute wie eh und je. Ihre Notwendigkeit wird nicht mehr diskutiert, seit die Sozialdemokratie kapituliert hat und den Wehretat — man kann sagen: unbesehen — annimmt. Hier besteht ein Tabu, und wer daran rüttelt, wird schon wieder, ganz wie einst, als eine Art «Verräter» angesehen.

Angeblich ist Deutschland, ist ganz Westeuropa, von einer Invasion durch die Russen bedroht und muß dagegen Deiche bauen. Die drohende Invasion durch die stets auf der Lauer liegenden Naturgewalten hat man darüber vergessen. Jetzt ist sie eingetreten und hat ihre Opfer gefordert. Jetzt müssen die Deiche nicht nur erhöht, sondern neu gebaut werden. Da wird man mit 1,7 Milliarden nicht auskommen, ganz zu schweigen von unserer Trauer um die Toten, von dem Verlust ihres Eigentums, ihres Landes, ihrer Häuser.

*

Daß die Bedrohung durch eine Invasion entfesselter Wasserfluten keine Illusion war, sondern eine echte Wirklichkeit, das ist jetzt bewiesen. Ist die Drohung einer Invasion durch die Russen ebenso wirklich? Sehen wir uns einmal einige wenige Tatsachen an.

Wir wollen nicht vom Atomkrieg sprechen. Dieser lauert im Hintergrund, gegen ihn aber nützt eine Rüstung, wie sie Deutschland — und die Schweiz — aufbaut, nichts. Auf einen Atomkrieg folgt keine Invasionsarmee, weil das Land, das mit Atombomben berieselt wurde, nicht mehr betretbar ist. Deutschland hat noch keine eigene Atomrüstung. Die gewaltigen Ausgaben, die es für seine Bundeswehr macht und die den Bau von Deichen an der Küste unmöglich gemacht haben, kann nur — falls nicht etwa Angriffsabsichten bestehen — zur Ab-

wehr eines Angriffs mit «konventionellen» Waffen, mit Armee, Marine, Luftwaffe dienen.

Ein ganzer Erdteil ist in Panik versetzt worden wegen der angeblich drohenden Gefahr eines solchen Angriffs der Sowjets, die angeblich die Absicht haben sollen, diesen Erdteil eines Tages zu überrennen. Sehen wir einmal davon ab, daß ein solcher Großangriff allen marxistischen Grundsätzen widersprechen würde. Die Kommunisten erstreben die Revolutionierung der Welt von innen her, nicht ihre Eroberung mit militärischen Mitteln, die nur *ein* Kommunist jemals ernsthaft anempfohlen hat, Trotzki, der «große Verräter». Sehen wir ganz davon ab, daß die Sowjets natürlich nicht daran zweifeln können, daß ein Großangriff gegen Westeuropa sofort den Gegenschlag der Amerikaner mit Atombomben, also den allgemeinen Atomkrieg auslösen würde. Betrachten wir nun einmal nüchtern, ob irgendwelche Vorbereitungen für einen solchen Angriff erkennbar sind.

*

Die Taktik der russischen Generäle in der zweiten Phase des vorigen Weltkrieges war folgende: An einer ausgesuchten Stelle der langen Front von Leningrad bis zum Schwarzen Meer wurden zunächst einmal die Verkehrsmittel, Eisenbahn und Landstraßen, in besten Zustand versetzt, wurde sodann Angriffsmaterial bergeweise aufgehäuft, dann wurde eines Tages der Durchbruch versucht. Man stieß vor, so weit man konnte, bis die Deutschen den Angriff schließlich zum Stehen brachten. Dann wurde abgebaut und man bereitete den nächsten Durchbruch an anderer Stelle vor, wieder mit Instandsetzung der Verkehrsmittel und Anhäufung von Material. Und so weiter. So handelten die russischen Generäle, und ich glaube, sie konnten nicht gut anders handeln.

Wenn sie jetzt einen Großangriff gegen Westeuropa planen, müssen sie wieder so handeln. Sie müssten in ihrem Aufmarschgebiet, in der DDR, die Verkehrsmittel auf höchste Leistungsfähigkeit bringen und bergeweise Material anhäufen. Aber nichts davon ist zu erkennen.

Nach dem Waffenstillstand 1945 haben die Russen das zweite Gleis auf allen Bahnstrecken in dem von ihnen besetzten Gebiet abgebaut, weil sie die Schienen zur Wiederherstellung des völlig zerstörten Bahnnetzes der Ukraine brauchten. Bis heute haben sie, meines Wissens mit Ausnahme der Linie Leipzig—Magdeburg, die parallel zur Grenze verläuft, das zweite Gleis nicht wieder hergestellt. Alle Bahnen in der DDR fahren eingleisig und daher langsam. Stellenweise ist sogar der Schotter für das zweite Gleis abgefahren worden, stehen jetzt die Signalmasten da, wo es früher lag. Noch auf lange Sicht scheint man nicht die Absicht zu haben, den Bahnverkehr wieder modern zu gestalten. Für die Vorbereitung einer großen Offensive ist das jetzige Bahnsystem völlig ungeeignet.

Kann der Autoverkehr die Bahn ersetzen? Niemals! Die Bahn

schafft viel mehr weg als die Autos. Aber auch auf dem Gebiet der Autostraßen ist keinerlei Aktivität der Russen zu erkennen. Sie haben die von Hitler gebauten Autostraßen, soweit sie auf ihrem Gebiet liegen, übernommen, nicht mehr. Noch heute geht der Autoverkehr zwischen Berlin und Hamburg auf einer gewöhnlichen Landstraße vor sich, die durch enge Kleinstädte und Dörfer führt und für einen militärischen Massenverkehr völlig ungeeignet ist.

Die Gefahr einer russischen Invasion ist eine eingebildete Gefahr. Die Panikmache, die damit verbunden ist, ist unrealistisch, sie dient politischen Propagandazwecken. Die Rüstungsindustrie, die, namentlich in den USA, in erheblichem Maße die Tagespresse beherrscht und die ihre Vertreter in allen Regierungsstellen hat, ist daran interessiert, daß Angst vor einer russischen Invasion herrscht. Und ein großer Teil der Menschheit ist zu schwach, solcher massiven Propaganda zu widerstehen und sich einen kühlen Kopf zu bewahren. Er erliegt der neuen «Gleichschaltung».

Ohne diese Angstpsychose vor einer völlig unwahrscheinlichen russischen Invasion wäre den Wassermassen der Nordsee die Invasion der Küste nicht gelungen. Ein Volk, das jährlich 15 Milliarden für die Abwehr eines Phantoms ausgibt, hätte die 1,7 Milliarden für die Abwehr einer wirklichen Gefahr nicht in zehn, sondern in einem Jahr aufbringen können.

So betrachtet, sind die Opfer der Flutkatastrophe an der Nordsee in Wirklichkeit Opfer des Kalten Krieges. *Heinz Kraschutzki*

So kam es zum Kalten Krieg

Der amerikanische Geschichtswissenschaftler *D. F. Fleming*, dessen Name den Lesern der «Neuen Wege» nicht unbekannt ist, hat Ende des letzten Jahres ein zweibändiges Werk «*Der Kalte Krieg und seine Anfänge*» veröffentlicht, das internationales Aufsehen erregt. Eine ungeheure Fülle von Stoff geordnet und aufs sorgfältigste geprüft vor dem Leser ausbreitend und bis auf die Tage des Ersten Weltkrieges zurückgreifend, kommt der gelehrte Verfasser zu einem dreifachen Schluß: 1. Die Verantwortung für die Entfesselung und die Fortsetzung des Kalten Krieges ruht entscheidend auf den Westmächten und vor allem auf den Vereinigten Staaten. 2. Im Jahr 1960 hatte der Westen den Kalten Krieg verloren. 3. Um eine atomare Weltkatastrophe abzuwenden, muß die Politik der Vereinigten Staaten radikal umgestellt werden und eine aufrichtige Verständigung und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern erstreben. — Aus einer Besprechung des Werkes, die aus der Feder von Roy Sherwood in den Londoner «Peace News» (1. Dezember 1961) erschienen ist, geben wir im Folgenden den Hauptabschnitt — etwas gekürzt — wieder. *Red.*